

Anfrage Meier Anja über die Änderungen bei der Gewährung von Soforthilfe für Betroffene psychischer Gewalt im Rahmen des Opferhilfegesetzes

eröffnet am 3. Dezember 2024

Mit Urteil vom 3. Juni 2024 hat das Bundesgericht das vorinstanzliche Urteil des Luzerner Kantonsgerichtes vom 26. Oktober 2022 kassiert und die Dienststelle Soziales und Gesellschaft angewiesen, für Kosten der Schutzunterkunft für eine Frau mit zwei Kindern im Rahmen der Soforthilfe gemäss Opferhilfegesetz aufzukommen und ihr den Anspruch zu gewähren.

Gegenstand des bundesgerichtlichen Verfahrens bildete die Frage, ob ein Anspruch auf Soforthilfe nach Artikel 13 Absatz 1 und Artikel 14 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG; SR 312.5) in Form einer Notunterkunft besteht.

Das Urteil führt aus, dass der opferbezogene Ansatz des Opferhilfegesetzes bzw. der Fokus auf die Wirkung der Straftat auf das Opfer und dessen durch das Gesetz geschützten Integrität nicht dazu führen darf, dass an den Nachweis der hinreichenden Intensität der Beeinträchtigung überhöhte Anforderungen gestellt werden dürfen. Es wird auch gerügt, dass die Vorinstanz die angebliche Schwere der Integritätsverletzung zu relativieren versuchte, indem sie begründete, dass die Beschwerdeführerin nicht zugleich auch Opfer körperlicher Gewalt geworden ist. Weiter führt das Bundesgericht an, dass aufgrund des Umstands, dass es der Beschwerdeführerin gelungen ist, ihren Trennungs- und Scheidungswunsch durchzusetzen, nicht darauf geschlossen werden könne, dass die Integritätsverletzung nicht hinreichend schwer war.

Das Bundesgericht hat damit Opfer, die von psychischer Gewalt betroffen sind, gestärkt. Aufgrund dieses Urteiles stellen sich folgende Fragen:

1. In welchen Bereichen und Prozessen muss die Opferhilfe auf Grund des Bundesgerichtsurteils Anpassungen vornehmen?
2. Wie geht die Opferhilfe vor, damit die Neuerungen implementiert und in der Praxis Eingang finden können? Welche Herausforderungen bestehen bei der Umsetzung des Bundesgerichtsurteils, und mit welchen Massnahmen wird diesen begegnet?
3. Inwiefern werden Opfer psychischer Gewalt künftig gleich behandelt wie Opfer physischer Gewalt? Falls weiter Unterschiede gemacht werden: Mit welchen Überlegungen werden diese begründet?
4. Wie viele Anträge auf Soforthilfe wurden seit 2020 abgelehnt, die aufgrund des Bundesgerichtsurteils anders hätten entschieden werden müssen? Wie viele hängige Entscheide wurden aufgrund des Bundesgerichtsurteils korrigiert und Leistungen gewährt?

5. Gibt es bereits erste Entscheide im Kanton Luzern, die aufgrund des Bundesgerichts-urteils bewilligt und nicht abgelehnt worden sind? Falls ja, welche Neuerungen lassen sich dabei feststellen?

Meier Anja

Stadelmann Karin Andrea, Engler Pia, Frey-Ruckli Melissa, Heselhaus Sabine, Irniger Barbara, Brunner Simone, Elmiger Elin, Schneider Andy, Fässler Peter, Pilotto Maria, Pardini Gianluca, Bühler-Häfliger Sarah, Galbraith Sofia, Sager Urban, Muff Sara, Fleischlin Priska, Studhalter Irina, Spring Laura, Bärtsch Korintha, Zbinden Samuel, Bolliger Roman, Waldvogel Gian, Kummer Thomas